

Zu diesem Heft – Abschied von der Globalisierung und Auflösung des Westens?¹

Als Kaspar Villiger einmal beim Skilanglauf in den Schweizer Bergen der deutschen Bundeskanzlerin begegnete, stellte er sich vor mit den Worten: »Sie werden mich nicht kennen, ich bin der Bundeskanzler der Schweiz [...]«.² Tatsächlich sind die sieben Mitglieder des von der Bundesversammlung – dem schweizerischen Parlament – gewählten Bundesrats im Ausland kaum bekannt. Die Schweiz hat eine Direktoriumsregierung, in der das Kollegialitätsprinzip gilt, angelehnt, so heißt es, an das Direktorium der Französischen Revolution, das wiederum Anleihen bei den Archonten der griechischen Antike machte. Aber sicher geht man auch nicht fehl, wenn man darin einen Bezug zu den Presbytergremien der seinerzeit staatsähnlichen calvinistischen Kirche sieht. Jeder Bundesrat hat dieselben Rechte und Pflichten und nimmt auch protokollarische Funktionen wahr – jede(r) der sieben Bundesrät(inn)e(n) repräsentiert also die Schweizer Regierung, und der Bundeskanzler hat dort keinerlei Richtlinienkompetenzen, sondern ist nur Leiter der Bundeskanzlei, die eine Stabsstelle für den Bundesrat darstellt.

Die Präsidialdemokratie, wie wir sie aus den USA oder aus Frankreich kennen, könnte nicht gegensätzlicher sein, ist sie doch, abgesehen vom Wahlmodus, eher der Monarchie nachempfunden und neigt zu starker Personalisierung, sowohl bei der Auswahl der Kandidaten als auch bei der Zuschreibung von politischen Entscheidungen, die nicht mit sechs anderen Gleichberechtigten abgestimmt werden müssen. Mit Trump hat das US-amerikanische Volk eine Figur gewählt, die sich zunächst gemein machte mit dem untergründigen Hass derer, die von seiner Gegenkandidatin als »deplorables«, als Beklagenswerte angesprochen und gedemütigt wurden. Während Hillary Clinton an die Globalisierung glaubte, die ihr Mann als großes amerikanisches Projekt vorangebracht hatte, und an die Unverzichtbarkeit der vom Militär gestützten amerikanischen Führung, schien Trump zu ahnen, dass das Pendel der Geschichte die Richtung gewechselt hat. Die Vorstellung einer offenen Welt, die die Bewegung von Gütern, Kapital, Ideen und Menschen erleichtern und damit einen Wohlstand von ungeahntem Ausmaß schaffen würde, hat sich nur für wenige

1 »Vom Westen kann erst die Rede sein, wenn das Konzept Europa nicht mehr genügt, wenn etwas Neues hinzutritt [...] Das Konzept des Westens setzt die Expansion Europas voraus, die Gründung neo-europäischer Gemeinwesen in Übersee. Kein Westen ohne Amerika.« So schreibt Jürgen Osterhammel 2017 in seinem Essay »Was war und ist der Westen?«, in *Jürgen Osterhammel: Die Flughöhe des Adlers. Historische Essays zur globalen Gegenwart*, S. 101-114, hier S. 104. München: C. H. Beck. Und fährt fort: »Deshalb gibt es den ›Westen‹ als politische Größe erst seit 1941. [...] Der politische Westen ist noch keine achtzig Jahre alt« (ebd., S. 106). Es ist ein unsicheres Konzept: »Wir mögen kurz vor dem Ende des europäischen oder westlichen Zeitalters stehen, ohne es zu wissen und zu ahnen« (ebd., S. 113).

2 Das erzählte Villiger bei der Verleihung des Freiheitspreises der Friedrich-Naumann-Stiftung 2016 in der Frankfurter Paulskirche.

bewahrheitet. Die Inklusion ins »global village«, die mit dem »Ende der Geschichte« eintreten sollte, überall Demokratie, Meinungsfreiheit und Marktwirtschaft bringen sollte, hat vor allem zur Rechtfertigung von Marktöffnungen und zu einer Reihe (gescheiterter) Interventionen geführt; der damit erreichte Zusammenbruch repressiver Staatlichkeit hat in den entsprechenden Ländern »ein Machtvakuum geschaffen, das der gesellschaftlichen Militarisierung Tür und Tor geöffnet hat« (Klaus Dieter Wolf in diesem Heft).³ Eine neuere Debatte zur Normdiffusion reflektiert genau diesen Irrtum, die Überzeugungskraft westlicher normativer Ordnungen stehe nicht mehr im Vordergrund. Das Ende des romantisierenden Blicks auf die Zivilgesellschaft als »bessere Hälfte der Weltgesellschaft« und die tiefe Ambivalenz der neuen Medien als deren universalistische Kommunikationsräume brächten die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft zum Vorschein (ebd.). Das expansive Moment dieser vorgeblichen Inklusion hat Widerstand hervorgerufen, der bewaffnete Kampf im Namen Allahs muss als »postkoloniale Abrechnung mit der globalen Ausbeutung des Westens, mit dessen Statthaltern und Kollaborateuren, [...] [als] ein Gegenprojekt gegen den Zugriff des Westens auf die Ressourcen der Welt« verstanden werden (ebd.).

Tatsächlich hat die Globalisierung ihren Zenit überschritten: Die politischen Anstrengungen der herrschenden Eliten, den international agierenden Konzernen, den Hedge Fonds, Buchhaltern und Banken das Leben durch Verträge zu erleichtern, Handelsregime zugunsten der Marktmächtigen weiter zu vereinheitlichen, haben ihre Attraktivität für das eigene Wahlvolk verloren. Die Verträge mit den kleinen Leuten und den Abhängigen auf der lokalen Ebene wurden nach Marktbedürfnissen gelockert und missbraucht (Verlagerung der Risiken von oben nach unten) und die bis dahin geltenden Sicherheiten nach Bedarf der Marktmächtigen ausgehöhlt, Standortkonkurrenz über Grenzen hinweg wurde in immer mehr Bereichen zugelassen.

Die Beschäftigten der betroffenen Industrien zeigten weniger Mobilität und Flexibilität, als die mit reinen Zahlen operierenden liberalen Ökonomen gedacht hatten – aus den Industriearbeitern der Metallbranche wurden eben nicht über Nacht die neuen Digitalisierungsarbeiter des Silicon Valley. Stattdessen verbreitete sich in den von der Deindustrialisierung verwüsteten Regionen das Gefühl des Abgehängt-Seins, des Vergessen-Seins, und die diffuse Angst der um ihre Sicherheiten Betroffenen wirkte sich fatal auf das Wahlergebnis aus (siehe Sigrid Betzelt und Ingo Bode in diesem Heft).

Kann das Umsteuern von denselben Leuten gemeistert werden, die die Gesellschaft in diese Krise geführt haben? Die Trump-Wähler ebenso wie seine Gegner attestierten ihm die Kraft der historischen Transformation: Nur ein Außenseiter konnte die Politik der Eliten umwälzen, denn als ein hobbesianischer »puer robustus« hat er keinen Bezug zur bisherigen Politik (Dieter Thomä in diesem Heft). Nach der Wahl

3 Auch wenn bei gelegentlichen Auftritten der chinesischen Führung in der Weltöffentlichkeit manchmal der Eindruck entsteht, als hätte sich China darauf vorbereitet, die Lücke zu füllen, so wird doch bei näherer Betrachtung rasch klar, dass China, sollte es diese Position überhaupt anstreben, noch keine ausreichenden Weltführungsqualitäten hat.

baute er seine Stellung als ermächtigtter Präsident mit autonomem Führungsanspruch auf der Grundlage seiner theatralischen Qualitäten aus: Die Rolle als US-Präsident verschafft ihm ein Monopol auf der Bühne der Repräsentation, auf der er freilich zu immer neuen Überraschungen gezwungen ist, um Marktführer im Aufmerksamkeitswettbewerb zu bleiben. Kann ein Schauspieler die Welt führen? Wer sind die Regisseure, welches Skript wird er für seinen Auftritt wählen?

Das US-Militär war ursprünglich ein sehr schwaches Element im Machtgefüge, das nach jedem Krieg wieder zurückgestutzt wurde. Das änderte sich im 20. Jahrhundert, als es zur zweiten Säule der Macht wurde. In seiner Untersuchung über das Machtgefüge der US-Demokratie sprach der amerikanische Soziologe C. Wright Mills vom »Triangel der Macht« aus Konzernlenkern, älteren Militärs und Politikern, die eng zusammenarbeiteten, und zwar in einer Art und Weise, dass die Interessen der Konzerne und die militärischen Ziele zusammenpassten.⁴ Diese Kombination erschwert es den Politikern, zu moderieren und die Imperative dieser beiden Säulen der Macht auszubalancieren, zumal sie in der amerikanischen Demokratie auf die Finanzierung ihrer Wahlkämpfe angewiesen sind. Mills kannte die Wall Street nicht als eigene Macht, da sie zu seiner Zeit noch die Zügel der Roosevelt-Ära trug. Wie tief die Spaltung zwischen den Konzernen einerseits und der Finanzelite andererseits ist, könnte sich am Handeln dieses Präsidenten zeigen, der im Wahlkampf vor allem auf die klassische Industrie setzte und siegte. Gewinnt er Spielraum aus der Machtbalance zwischen diesen drei Polen der Macht?

Es wäre zu simpel, mit einem Blick auf die Auswahl seiner Mitarbeiter eine Abhängigkeit des US-Präsidenten von der Wall Street zu konstruieren – seine Geschäfte machte er eher mit russischen Banken.⁵ Nicht unabhängig aber ist er von seiner permanenten Anerkennungssucht, die ihn in einer amerikanischen Fernsehserie als Schauspieler auftreten ließ und die ihn als Politiker von einem Aktionsfeld zum anderen trieb – von innenpolitischen Rückschlägen lenkt er durch außenpolitische Aktionen ab. Nach diversen völkerrechtswidrigen Militärschlägen gegen Nationen, die mit den USA nicht im Krieg sind, zeigt sich, dass der »puer robustus« fallweise auch sein Skript vom militärisch-industriellen Komplex ausleiht, dem er große Freiheiten zugesteht. Das US-Militär solle, so die Worte von General Joseph Votel im US-Senat, »proactive in nature« sein »and endeavors to set in motion tangible actions in a purposeful, consistent, and continuous manner«.⁶

Schon der erste Schauspieler auf dem amerikanischen Präsidentensessel hielt sich an das Militär und blähte den Verteidigungshaushalt auf, aber sein Skript erhielt er von der Finanzelite, die die Freiheiten der 1920er Jahre zurückhaben wollte. Ronald

4 C. Wright Mills 1958. *The structure of power in American society*, zitiert nach William J. Astore 2017. »What does an ›America-first‹ foreign policy actually mean? Putting the U.S. military first, second, and third«, in *TOMDISPATCH* vom 13. April 2017. www.tomdispatch.com/blog/176266/tomgram%3A_william_astore%2C_from_deterrence_to_doom_sday (Zugriff vom 18.04.2017).

5 Siehe www.wienerzeitung.at/nachrichten/welt/weltpolitik/877209_In-Trumps-Geschaef-en-steckt-viel-russisches-Geld.html (Zugriff vom 18.04.2017).

6 Siehe www.tomdispatch.com/blog/176256/tomgram%3A_andrew_bacevich%2C_words_not_to_die_for/ (Zugriff vom 18.04.2017).

Reagan löste den Nachkriegskonsens auf, als er mit der Zerschlagung der Fluglot-sengewerkschaften begann und die politische Schwächung einer »Institution, mit deren Hilfe Arbeitnehmer einen fairen Anteil an den Unternehmensgewinnen und Beschäftigungssicherheit für sich reklamieren konnten«, erreichte (Barry Eichen-green in diesem Heft). Tatsächlich sind durch die Privatisierungen und Deregulie-rungen der Tarife diejenigen kulturellen Selbstverständlichkeiten verloren gegangen, die die Basis der »Solidarität zwischen den Bürgern« ausmachten (ebd.), und es machte sich das Gefühl der Hilflosigkeit breit, das historisch schon seit je zum Pflanzbeet des Populismus geworden ist. Wenn die Landwirte globalen Marktkräf-ten ausgesetzt werden, die sich ihrem Verständnis entziehen, Erzeugnisse, die bisher nur lokal vermarktet wurden, nun dem Druck von Weltmarktpreisen unterliegen, das Einkommen eines Farmers, der Weizen in Nebraska anbaut, von den Erträgen ukrainischer Gerstenfelder abhängt und der Preis von Sea-Island-Baumwolle aus Georgia oder South Carolina von Ereignissen im Nildelta beeinflusst wird, dann zeigt sich in den Augen der Landwirte die Unfähigkeit der Regierung, etwas für sie zu tun: Handel und Konsumenten haben einen stärkeren Einfluss auf die Regierung als die lokalen Produzenten.

In der Industrie stellten die irischen, schottischen und osteuropäischen Einwanderer eine starke Lohnkonkurrenz dar, und es bildete sich die erste überregionale Arbeiterbewegung der »Knights of Labour«, die durch den Zusammenschluss die Kontrolle über ihre Zukunft wiederzuerlangen suchte. In dieser Lage gründete der mehrmalige Präsidentschaftskandidat Jenny Bryan die erste »Volkspartei« (»people's party«), die, getragen von den Baumwollerzeugern aus den Südstaaten und den Weizenfarmern aus dem Mittleren Westen und zeitweilig unterstützt von Gewerkschaftern und der »Free Silver«-Bewegung, bei der Präsidentschaftswahl 1892 immerhin neun Prozent der Wählerstimmen bekam (ebd.).

Zwar haben die beiden großen Parteien Elemente aus dem populistischen Pro-gramm aufgenommen, aber als am Ende der 1920er Jahre die Große Depression das kapitalistische System insgesamt gefährdete, ging Roosevelt, der aus der Demokra-tischen Partei kam, weit darüber hinaus und trat als Kämpfer gegen die Finanz- und Industriemonopole auf, transformierte durch die Stärkung der Gewerkschaften (NLRA), die Unterdrückung der Macht der Holdings, den Schutz der heimischen Landwirtschaft (AAA) und die Einführung einer Sozialversicherung die USA in einen Wohlfahrtsbundesstaat, der den Kapitalismus gegen die radikalen Konzepte anderer Kandidaten verteidigte (ebd.).

Inklusion ist auch ein Stichwort für unsere Autoren Dirk Halm und Seçkin Sölmez. Wie weit gehen die Integrationsziele der Organisationen türkeistämmiger Mitbür-gerinnen und Mitbürger eigentlich? Das Ergebnis ihrer Untersuchung zeigt ein sehr differenziertes Bild, denn die Bindung an das Herkunftsland verschwindet ja nicht mit dem Überschreiten der Landesgrenze. Die Armenien-Resolution des Bundestags nehmen sie zum Anlass, den Grad dieser Rückbindung zu analysieren (in diesem Heft).

Statistische Kennziffern als Orientierungswert bestimmen unsere Gesetzgebung und normieren unser Leben – auf der nationalen und internationalen Ebene der Weltorganisationen wird gezählt. Wachstum ist der Wert, auf den die Wirtschafts-

weisen schauen und der als Ziel der Regierungsarbeit festgeschrieben ist. Das gilt seit Jeremy Bentham auch als ökonomisches höchstes Gut – das Glück der größten Zahl. Dass die Menschheit insgesamt derzeit einen Ressourcenverbrauch hat, der nackter Ausbeutung gleicht, da es sich um Ressourcen handelt, die nicht mehr – oder nicht mehr so schnell – nachwachsen, wie sie verbraucht werden, passt wenig zu diesem Ziel. Der Bericht zur Lebensqualität der Bundesregierung betont zwar den Faktor Nachhaltigkeit, verpasst aber, die Abkehr vom Wachstumsparadigma zu verankern. Wenn man stattdessen (wie unser Autor Jürgen Burchardt in diesem Heft) einen Ansatz über den Zeitindex verfolgen würde, könnte man die Grundfehler dieses Wohlstandsverständnisses leichter erkennen: Es geht um Parameter und Indikatoren zum Index des Guten Lebens, in welchem statt Faktorpreisen die gesellschaftlich zur Verfügung stehende qualitativ gute Zeit gemessen wird.⁷ Unabhängig davon, dass in diesen Index normative Vorgaben und Vorstrukturierungen eingehen, handelt es sich doch um eine anregende Überlegung, die eine gesellschaftspraktische Brückenfunktion beim Weg aus der Wachstumsfalle haben kann.

Reinhard Blomert

7 So hat eine Rechnung nach diesem Zeitindex ergeben, dass »die zeitreichsten zehn Prozent [der Bevölkerung Ecuadors] über 16-mal mehr Zeit für »gutes Leben« als die zeitärmsten zehn Prozent« verfügen und »das oberste Zehntel 35-mal mehr am öffentlichen Leben partizipiert als das unterste« (ebd.).